

BI KURIER

Was Ihre Tageszeitung nicht geschrieben hat!

Der Referent beim Bundesverband für Windenergie




Der Link zum Referenten beim BWE Alscher, der jüngst äußerte, bei der Unterbringung der Flüchtlinge würde die VG von der Landesregierung genauso über den Tisch gezogen, wie bei der Windkraft!

<http://www.bwe-seminare.de/referenten-dr-bernhard-alscher>

"Aufgefallen durch seine Aktivitäten gegen die Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Pfalz, die den Teilplan Windkraft nochmals auslegen musste. Der dadurch verursachte Zeitverlust konnte von Kommunen und Betreibern genutzt werden, um vermehrt Genehmigungsverfahren für Windkraft auf den Weg zu bringen."

Die von Dr. Alscher initiierte und vorangetriebene Aufhebung des Planvorbehalts, also praktisch die Freigabe der gesamten Verbandsgemeindefläche für Windenergieanlagen, kurz vor Inkrafttreten des Regionalen Raumordnungsplans, war und bleibt ein skandalöser Vorgang, der seinesgleichen sucht.

Man muss nur einige **Schlagzeilen aus der Nahe-Zeitung** in Erinnerung rufen, um deutlich zu machen, wer damals der Antreiber war:

"Alscher kämpft weiter für Windkraft", "Windkraft: Alscher lässt nicht locker",

"Bürgermeister kämpft weiter für mehr Windräder" oder (Dr. Alscher zitierend):

"Verspargelung ist das kleinere Übel" und **"Naturschützer: Alscher wiederholt**

Falschdarstellungen". Weil die Kreisverwaltung aufgrund verwaltungstechnischer Zwänge einige Zeit benötigte, um nach dem entsprechenden Beschluss des VG-Rats die

landesplanerische Stellungnahme zur Aufhebung des Planvorbehalts zu erstellen, wurde sie

von Dr. Alscher massiv unter Druck gesetzt, - in der Öffentlichkeit und juristisch, bis hin zu

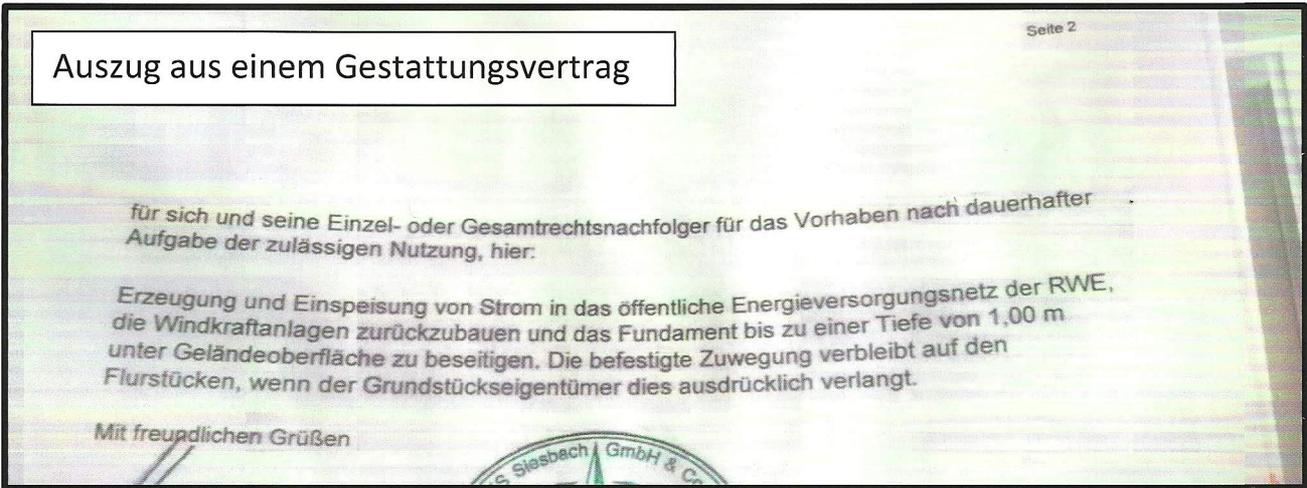
einer Untätigkeitsklage gegen die Kreisverwaltung. Diese musste er zurückziehen, auf Kosten

der Verbandsgemeindekasse, also des Steuerzahlers. Dabei hätte die landesplanerische

Stellungnahme eigentlich schon vor der Aufhebung des Planvorbehalts eingeholt werden

müssen!

Was geschieht beim Rückbau von Windenergieanlagen?



Klartext: Das bedeutet, das gesamte Fundament verbleibt für alle Zeiten in der Erde. Fest betoniert und für immer versiegelte Wald- oder Ackerfläche in einer Größe von rund 415 m² pro Windrad. Auch die Kabel verbleiben auf der gesamten Trasse im Boden, ca. 1 Meter tief und als Störfaktor bei Baumaßnahmen in der Zukunft. Außerdem: Sondermüll und wassergefährdende Stoffe fallen zusätzlich an und die geschätzten Rückbaubürgschaften decken die tatsächlichen Kosten des Rückbaus nicht ab.



*Sagt bitte euren Kindern und Enkeln, dass Sie sich hierfür bei Dr. Alscher herzlich bedanken können. Sagt Ihnen aber auch, dass später **mit ihrem Geld** der Rückbau sicherlich noch erfolgen wird!*

NEV. Nr. 23.05.14

BI warnt vor Wildwuchs der Windräder

Veranstaltung in ... um sachliche Diskussion

Von unserer Mitarbeiterin Ilona Brombacher

■ Oberbrombach. Die Veranstaltung der BI de mit Vernunft (Em Titel „Können nur no Schwarzstorch unser dem Verhunzen rette Bürgern vor der K aktuelle Information schutzgutachten und Sachständen aus de Ortsgemeinden gebe Gut 120 Interessier einfinden und be

größten Applaus des Abends erhielt. Diese Vorgehensweise unterstrich Thomas Petry, Vorstandsvorsitzender der hiesigen Grünen, mit seinem Bericht über Drohungen Alschers, er werde den Grünen „den Nationalpark kaputt machen“, wenn sie ihm die Windräder nicht gäben.

Der VG-Chef habe ihm mit einer Anzeige gedroht, die ihm bis zu drei Jahre Haft einbringen könnte. Im Gegenzug habe Bierbrauer eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Alscher eingereicht – wofür er den größten Applaus des Abends erhielt. Diese Vorgehensweise unterstrich Thomas Petry, Vorstandsvorsitzender der hiesigen Grünen, mit seinem Bericht über Drohungen Alschers, er werde den Grünen „den Nationalpark kaputt machen“, wenn sie ihm die Windräder nicht gäben.

Rot/Grüne Landesregierung in Rheinland-Pfalz zerstört Natur und Landschaft

Den Schutzstatus der Kernzonen für Naturparke aufzuheben ist unverantwortlich! Sofortiger Ausbaustopp bei der Windenergie dringend erforderlich!

Es handelt es sich um die größte Fehlentwicklung der grünen Ministerien innerhalb der rot/grünen Landesregierung und der SGD Nord, die Kernzone des Naturparks Saar-Hunsrück für Windindustrieanlagen in Rheinland-Pfalz freizugeben. Die Begehrlichkeiten der Windkraftinvestoren werden nun auch bei weiteren Naturparks keinen Halt kennen. Es ist geradezu grotesk, auf der einen Seite einen Nationalpark zu schaffen und auf der anderen Seite Naturlandschaften und Wälder, die als Naturpark speziell auf die Erholung in der Stille ausgelegt sind, auf großer Fläche und in großem Stil zu zerstören. Dies ist auch ein eklatanter Widerspruch zur gerade vorgestellten Biodiversitätsstrategie, die damit konterkariert und völlig unglaubwürdig wird.

Wie die Axt im Wald – Naturraub beim Windradbau im Hochwald

Auch bei uns im Hochwald an der Grenze zum Nationalpark wird dem Wildwuchs beim Windradbau inmitten intakter Waldflächen kein Pardon mehr gegeben.

Flächen von bis zu 11.000 m² werden für nur eine einzige Anlage gerodet und **nicht die öffentlich propagierten 3.600 m²**. Schmale naturnahe Waldwege werden zu Rollbahnen von zum Teil 40 m Breite im Kurvenbereich ausgebaut und dauerhaft verdichtet. Windradbau im Wald bedeutet den dauerhaften und unwiederbringlichen Verlust von mindestens 1 ha Lebensraum für Flora und Fauna je Anlage.



Achtelsbach, der Vorreiter in unserer Verbandsgemeinde wird nunmehr das perfide Beispiel. Zum Alibi benutzt, entstehen in der Nachbargemeinde Eisen ebenfalls drei Windradgiganten in noch größeren Dimensionen. Wird erst eine einzige Anlage durchgepeitscht, gibt es ohne aktiven Widerstand vor Ort kein Halten mehr. Gemeindevertreter von Siesbach, Leisel, Hattgenstein, Schwollen und Ellweiler wollen diesem Beispiel mit Windrädern im Wald folgen. **Attraktive Tore zum Nationalpark sehen anders aus.**

Als kleiner Junge spielte ich gern im Freien. Dort sah ich meinem Opa zu, wie er mit Hacke und Spaten den Nutzgarten bestellte. Er erklärte mir, welche Pflanzen als Nahrungsmittel taugten. Und er zeigte mir andere Gewächse, die zwischen den Nutzpflanzen wucherten und diesen Licht und Nährstoffe raubten. „Das behindert Wachstum und Entwicklung. Das Grünzeug muss raus!“, pflegte er zu sagen, während er unermüdlich rupfte und zupfte. Im Erdbeerbeet: „Das Grünzeug muss raus!“ Auf dem Kartoffelacker: „Das Grünzeug muss raus!“ Das alles ist Jahrzehnte her, doch immer wenn ich heute Wahlplakate der GRÜNEN sehe, muss ich an meinen Opa denken ...



Für wie naiv hält Dr. Alscher die Leser und die Wähler? Da will er uns doch tatsächlich weismachen, dass sich der Verbandsgemeinderat mit der Aufhebung des Planvorbehalts, also mit der Freigabe der VG-Fläche für plan- und steuerungslose Windradprojektierung, "für den kontrollierten Ausbau der Windenergie ausgesprochen" habe. Um es in aller Deutlichkeit zu sagen: Bei der auf Betreiben von Dr. Alscher beschlossenen Aufhebung des Planvorbehalts handelt es sich um einen beispiellosen Vorgang, der weit und breit seinesgleichen sucht. Uns ist keine andere Verbandsgemeinde bekannt, die ihre Landschaft in dieser Weise zur grenzenlosen Kommerzialisierung freigegeben hat. Statt ihrem Planungsauftrag nachzukommen und die äußerst raumbedeutsame Nutzung der Windenergie lenkend in die Hand zu nehmen, überlässt die Verbandsgemeinde Birkenfeld die Landschaft bedingungslos den Windkraftprofiteuren.

Nur zur Erinnerung! War es nicht so...?

Wo die Vertreterdemokratie versagt, gründen sich Bürgerinitiativen. Als basisdemokratische Vereinigungen sind sie durch das Grundgesetz legitimiert und haben mindestens das gleiche Recht, politisch tätig zu werden wie Lobby-Organisationen. (Der Bundesverband Windenergie wirkt massiv auf Umweltbehörden ein, wenn es um Konflikte zwischen Natur- und Landschaftsschutz und Windenergieanlagen geht.)

Im Übrigen waren es immer wieder Bürgerinitiativen, die den Umwelt- und Naturschutz vorangetrieben haben, meist lange bevor diese Themen in der etablierten Politik Fuß fassten und lange bevor Lokalpolitiker Klimaschutz-Ziele bemühten, um den hemmungslosen Bau von Windrädern voranzutreiben.

Die Anti-Atombewegung und die Partei der Grünen sind größtenteils aus Bürgerinitiativen hervorgegangen. Vor diesem Hintergrund ist es geradezu absurd, wenn der grüne Vizepräsident des rheinland-pfälzischen Landtags, Dr. Bernhard Braun, der selbst aus der Anti-Atom- und Friedensbewegung kommt, vor dem Landtag die in Bürgerinitiativen aktiven Gegner der grünen Windradpolitik als Extremisten beschimpft und in die Nähe von Atom-Lobbyisten rückt.

**Wahntag für die Zukunft
unserer Heimat**



**Nicht alles lässt
sich schönreden!**

Schadensbegrenzung möglich!
Am 13. März 2016 ist Wahntag!

BI  KURIER

Informationen von Bürgern für Bürger

Herausgeber: Bürgerinitiative Energiewende mit Vernunft in der Verbandsgemeinde Birkenfeld

www.emv-bir.de